



Dr. h.c. Susanne Kastner

Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages
Vorsitzende der Deutsch-Rumänischen Parlamentariergruppe

Platz der Republik 1 11011 Berlin Tel.: 030/227-77332 Fax: 030/227-76267

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, den 19. Februar 2008

„Flat-Tax-Regierung-Tariceanu auf dem sozialen Auge blind!“

Die Vorsitzende der Deutsch-Rumänischen Parlamentariergruppe und Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Dr. h.c. Susanne Kastner, teilt angesichts der fortwährenden Behinderung sozialer Projekte durch die rumänische Regierung folgendes mit:

"Der EU-Beitritt Rumäniens vor über einem Jahr war ein großer Erfolg. Dieser Erfolg ist hauptsächlich auf die Opferbereitschaft der Rumänen zurückzuführen, die in den Jahren nach der Revolution größte Einschnitte hinnehmen mussten. Es waren jedoch NGOs, die maßgeblich dafür sorgten, dass Rumänien die EU-Beitrittskriterien im sozialen Bereich erfüllen und am 1.1.2007 EU Mitglied werden konnte. Helfer aus ganz Europa bauten in Rumänien soziale Netze auf, sorgten für menschenwürdige Verhältnisse in Kinderhäusern und Altenheime, holten die Straßenkinder am Bukarester Nordbahnhof und sonst wo von der Straße und errichteten Pflege- und Therapiezentren für Behinderte im ganzen Land.

Diese NGOs, darunter viele deutsche, sind in den meisten Städten Rumäniens aktiv und helfen mit viel Engagement den Ärmsten der Armen in dem Land.

Es ist jedoch auch Aufgabe des rumänischen Staates, sich um die Hilfebedürftigen aus der eigenen Bevölkerung zu kümmern.

Dieses haben alle früheren Regierungen in Bukarest erkannt, und nach Möglichkeit versucht, einen diesbezüglichen Beitrag zu leisten.

Nicht aber die ‚Flat-Tax-Regierung Tariceanu‘, die auf dem sozialen Auge blind zu sein scheint.

Angesichts der Tatsachen könnte man annehmen, dass es der Regierung ausschließlich darum geht, die Reichen noch reicher werden zu lassen, während das Schicksal der Hilfebedürftigen im Victoria Palais keine Rolle spielt.

EU Mittel aus den Sozialfonds können nicht abgerufen werden, da die Regierung kaum Interesse am Aufbau der notwendigen Strukturen zeigt.

Soziale Einrichtungen und soziale Wohnungen können kaum noch auf- und ausgebaut werden, da die Regierung Tariceanu sämtliche Steuerbegünstigungen aufgehoben hat. Diese Situation ist unhaltbar.

Ich appelliere an die Regierung, ihrer Verantwortung für die eigenen Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden. Die Ausnahme sozialer Einrichtung von der Bezahlung der Mehrwertsteuer muss wieder eingeführt werden. Die EU lässt solche Ausnahmen mit gutem Grunde zu. Die EU-Richtlinie 112/2006/CE gibt den Mitgliedsstaaten die Möglichkeit, für ihre benachteiligten Bürgerinnen und Bürger etwas zu tun. Die meisten EU-Staaten haben dies erkannt, nicht aber Herr Tariceanu, der unbeirrt seinen strikt neo-liberalen Kurs weiterverfolgt.

Ich appelliere an die deutschen NGOs, die in Rumänien tätig sind, sich zusammenzuschließen und gemeinsam einen Interessenverband zu gründen. Als Vorsitzende einer deutschen Organisation, die seit der Wende Projekte für Waisenkinder in Rumänien durchführt, werde ich in Kürze einen solchen Verband gründen. Damit wollen wir eines erreichen: Wir wollen die Regierung in Bukarest dazu bringen, ihrer Verantwortung gegenüber den eigenen Bürgern zunehmend gerecht zu werden. Rumänien ist ein Mitgliedsstaat der Europäischen Union, und es kann nicht sein, dass ausländische Hilfsorganisationen auf Dauer die sozialen Aufgaben übernehmen, während die Regierung den NGOs einen Stolperstein nach dem anderen in den Weg legt. Gegen die soziale Blindheit im Victoria Palais müssen wir dringend etwas unternehmen.